

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage zweimal, am Montage um Nachmittag 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Geborggasse 3) und aus-wards bei allen Königl. Postenstalten angenommen.

# Danziger Zeitung



# Beitung.

## Amtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allergrädigst geruht: Den Steuerzahler Selter zu Schleudis im Kreise Wertheim den Rothen Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen; die Kreisrichter Wahnschaffe in Dabisfelde, Wenshausen und Angern in Stendal zu Kreisgerichtsräthen zu ernennen; dem Hauptkassen-Rendanten der Königl. Porcellan-Manufaktur zu Berlin, Rechnungsraath Vier, den Charakter als Geheimer Rechnungsraath, so wie dem praktischen Arzt Dr. Wilm's in Berlin den Charakter als Geheimer Sanitätsraath, und dem Appell.-Herr.-Canzlisten, Canzlei-Secretair Mucha in Ratibor, den Charakter als Canzlerath zu verleihen. Ferner sind nachstehenden Beamten der K. Porcellan-Manufaktur Orden verliehen worden: dem Director, Geheimen Regierungsrath Kolbe der Rothe Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife, dem Modellmeister Mantel und dem Malereivorsteher Vooschen der Rothe Adler-Orden vierter Klasse.

## Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angelommen 9 Uhr Vormittags.

Frankfurt a. M., 24. Aug., Abends. Sicherem Vernehmen nach mache in der heutigen dreistündigen Conferenz der Fürsten die Verständigung weitere Fortschritte. Die Directorialfrage ist gelöst.

## Politische Uebersicht.

Der „Neue Elbinger Anzeiger“ hat eine zweite Verwarnung erhalten. (S. unten.)

Die „Köln. Bzg.“ polemisiert sehr heftig gegen Diejenigen, welche die österreichischen Reformpläne zurückweisen. Wenn es zugegeben wird — sagt sie — daß das Programm des einheitlichen Deutschlands mit preußischer Spize für Jahre unausführbar ist, so muß man wenigstens das nehmen, was der österreichische Plan bietet. „Selbst die Radikalen gestehen unter vier Augen, daß Österreichs Vorschläge ihre Erwartungen übertragen. Und unter den gegenwärtigen Umständen läßt sich allerdings nicht mehr erwarten.“ Die „Köln. Bzg.“ steht mit dieser Ansicht nicht vereinigt in den Rheinlanden. In Köln wurde sogar in einer Versammlung des politisch-gräßlichen Vereins eine Erklärung beantragt und vielfach befällig aufgenommen, in welcher ausdrücklich wird, daß bei den festigen Beziehungen „weder die Reichsverfassung von 1819, noch die Vorstandshaft Österreichs im Deiche, noch die Delegirtenversammlung, noch die vorläufige Auschließung der preußischen Provinzen Preußen und Posen Hindernisse bilden für die Annahme des möglichst zu verbessrenden Reformentwurfs.“ Diese Erklärung soll in einer größeren Versammlung berathen werden. Wir müssen gestehen, daß uns dieses Sturmtraufen nach dem österreichischen Project am Rhein einigermaßen befremdlich ist. Man behalte doch etwas mehr Blut und lasse sich Zeit, um den österreichischen Reformplan genauer anzusehen. In der vorliegenden Form — und das können wir nur stets wiederholen — ist er schlechterdings unaunehmbar — das sagen wir wahrhaftig nicht von Particularismus besangen, sondern lediglich im national-deutschen Interesse und vor Alem im Interesse deutscher Freiheit. Wir würden es verschmerzen können, daß die Rheinprovinzen und die Süddeutschen unsere östlichen Provinzen von dem neu aufzubauenden Reich ausschließen wollen, um wenigstens etwas unter Dach und Fach zu bekommen. Indes wir glauben: der Preis, um welchen sie uns hingeben wollen, ist denn doch ein gar zu geringer. Aber kanu denn nicht Österreich — so fragt man man uns — sich zu weiteren Concessions an das deutsche Volk verstellen? Gewiß ist das möglich und wir sind die Lebten, die dies von vornherein leugnen. Aber warte man doch wenigstens so lange, bis Österreich solche Concessions in Wahrheit gemacht hat. Wir haben bereits erklärt: Das deutsche Volk ist dem österreichischen Kaiser Dank schuldig, daß er in der für jeden Deutschen wichtigsten Frage die Initiative ergriffen, daß er über die letzte Bundesverfassung das Urtheil gesprochen und die andern Fürsten zu veranlassen gewußt hat, bei diesem Gericht, welches er vor den Augen des deutschen Volkes über den Bandestag hält, ihm zu assistiren. Aber das Reformproject, welches er dem deutschen Volke bietet, wahrt deutsches Interessen und die Freiheit und das Recht des deutschen Volles nimmermehr. Die Verwirklichung wäre vielmehr nach unserer Meinung gleichbedeutend mit der Unterordnung deutscher Interessen unter diesenigen Österreichs. Dass aber Österreich der natürliche und aufrichtige Hör deutscher Interessen ist, das haben wir bis jetzt noch nicht zu begreifen vermocht. Das Reformproject beweist uns das Gegenteil. Jeder deutsche Fürst, welcher es auch sei, der das Werk deutscher Einigung und Freiheit wahrhaft fördert, dem wird die Nation ihre ungetheilte Zustimmung und Unterstützung gewähren — und unsere Provinzen werden nicht zurückbleiben, wo es ein solches Werk gilt. Das österreichische Reformproject aber läßt uns für jetzt noch sehr ruhig. Der Abgeordnetenrat hat im Sinne der Nation gehandelt, wenn er das aus allgemeinen Volkswählen hervorgegangene deutsche Parlament als die unerlässliche Bedingung eines jeden Reformplans voranstellt. Giebt man einem solchen Parlament die ihm gehörigen Besugnisse, dann wird die Sache des deutschen Volles den rechten Träger und Hör haben. Ohne das alles Reformwerk Stückwerk. Vorläufig — darin hatte Schulze-Delitzsch Recht — kann die deutsche Nation von Österreich nichts weiter accipieren, als die ihm angebotene Discussion der deutschen Frage. Conß ist bis jetzt nichts Auffindbares vorhanden.

Über den Fürstentag schreibt der uns aus österreichischer Quelle zugehende Bericht vom 23. August: „Die

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. anwärts 1 Thlr. 20 Sgr.  
Inserate nehmen an: in Berlin: A. Niemeyer, Kastanienstrasse 50,  
in Leipzig: Heinrich Oehlner, in Altona: Haddenstein u. Vogler,  
in Hamburg: J. Lüthorst und J. Schröder.

gestern hier verbreitete und in alle Welt telegraphierte Nachricht von der Ablehnung der kaiserlichen Reformvorschläge ist eine abschlägliche Erstbung gewesen, berechnet die in Sitzung begriffene bayrische Kammer in ihren Beschlüssen zu stören. Aus München sind bereits zwei Telegramme von dem Präsidenten der Abgeordnetenkammer hier angelangt. Das erste derselben war an den König von Bayern gerichtet und brachte den einmütigen Glückwunsch der Kammer zu Sr. Majestät Bethiligung an der Reform-Conferenz, sowie den eben so einmütigen Wunsch für das Gelingen des Reformwerkes. Das zweite empfing der bayrische Minister Freiherr von Schrenk, welchem durch dasselbe angezeigt wurde, daß in gestriger Sitzung die Kammer sich einstimmig für den Reformplan ausgesprochen. Aus den Kreisen der Fürsten-Conferenz können wir berichten, daß die größeren der deutschen Souveräne, die Könige und Großherzoge, mit immer gleicher Wärme dem Reformwerke zugethan sind. Die Zurückhaltung des Großherzogs von Baden scheint aus der Abneigung Sr. Königl. Hoheit hervorzugehen, ohne Anwesenheit seines Ministers sich auszusprechen. (?) Heute Abend 6 Uhr Diner bei dem Kaiser, zu welchem Lord Clarendon, Herr von Bethmann und Herr von Rothschild geladen sind.“

Die Verhandlungen des Fürstentages haben eine überraschende Wendung genommen. Während noch vor wenigen Tagen vollständige Statthalterei herrschte und der ganze Plan zu scheitern schien, hat Österreich durch einen klugen Schritt das Terrain wieder erobert. Nachdem ihm die Verhandlungen des Abgeordnetentags dazu gedient hatten, den Fürsten aufs nachdrücklichste darzuhun, daß wenn den Fürsten jetzt nicht irgend eine Reform der Bundesverfassung gelänge, als dann das Unberechenbare bevorstehe, erließ es am Freitag Abend ein Schreiben an die Fürsten mit einer Einladung auf Sonnabend. Über dieses merkwürdige Document sagt der Correspondent der „Mat.-Bzg.“: „Österreich bereust sich darauf, daß die Fürsten bereits bei der ersten Zusammenkunft den ihnen vorgelegten Entwurf als eine „geeignete Grundlage“ für die Verhandlungen anerkannt hätten. Aus dieser Anerkennung zieht Österreich die weitgreifendsten Consequenzen. Man habe sich freilich Einsprüche gegen einzelne Bestimmungen des Entwurfs vorbehalten, da aber dem Ganzen zugestimmt sei, so könnten die Bedenken sich unmöglich gegen die Grundidee und gegen solche Theile richten, durch welche das organische Gesetz wesentlich bedingt sei. Es könnten die Amendingements nur die Details betreffen und auch da sei festzuhalten, daß, wenn keine äußerliche Verständigung über Abänderungen erfolge, einfach der ursprüngliche Entwurf als angenommen gelte. Nur so sei ein ergebnisloses Verhandeln zu verhindern. Für die spätere textuelle Fassung offen gelassen bleibe u. A. die Zusammenfügung des Directoriums und dessen Kompetenz in Betreff der auswärtigen Politik, offenbar weil Österreich gerade hier manchen Stein des Anstoßes bei dem gegenwärtigen Congress fürchtet. Um die Fürsten nicht zu lange in Frankfurt a. M. festzuhalten, sollen dann die Minister das Detail der nicht sofort im Wortlaut festgestellten Bestimmungen der Kammern bedürfen, diesen vorgelegt werden sollen. Sie dürfen diese Analyse des österreichischen Anschrreibens als zuverlässig betrachten. Für die Prüfung dieses durchgreifenden Documentis war den Fürsten nur eine kurze Frist gelassen, und sein Erfolg ist denn in der That ein möglichst vollständiger gewesen. So viel ich ersahre, hat nur Baden gegen die Vorschläge des Anschrreibens entschiedenen Einspruch erhoben. Die andern Fürsten gingen auf den vorgeschlagenen Modus der Berathung ein, und nahmen noch in der selben Sitzung die Artikel 1, 2 und 4 im Wortlaut an. Über die Bedeutung dieser von Österreich geschick und nachdrücklich durchgeführten Operation habe ich kaum etwas hinzuzufügen. Allerdings ist die Hauptprobe noch nicht bestanden. Wie ich höre, steht für die auf morgen angesetzte Sitzung der dritte, die Bildung des Directoriums betreffende Artikel auf der Tagesordnung. Hier eröffnet sich ein Tumultplatz für die verschiedenartigsten Interessen und Ansprüche, und es ist möglich, daß nach dem ersten großen Anlauf hier eine Gegenstörung eintrete. Würde aber auch hier eine rasche Einigung erreicht, so dürfte Österreich für die Annahme aller übrigen Punkte nur noch sehr geringen Schwierigkeiten begegnen. Das Geschick aller Amendingements, welche in Betreff der Delegirtenversammlung aufgestellt werden mögen, ist nicht zweifelhaft; Österreich ist hierin der vollen Unterstützung aller Mittelpaaten und auch eines großen Theiles der Kleinstaaten sicher. Baden allein wird überall die Interessen der Volksfreiheit mit unerschütterlicher prinzipieller Consequenz vertreten. Man darf jedoch erwarten, daß wenigstens bei der Schlusabstimmung sich ihm noch einige kleinere Staaten in Verwerfung des Ganzen anschließen.“ Die Hauptprobe, von welcher der Correspondent hier spricht, ist bereits bestanden. Wie das heut aus Frankfurt eingetroffene Telegramm meldet, haben sich die Fürsten über die Zusammenfassung des Bundesdirectoriums endgültig geeinigt.

Die „Nord. Bzg.“ enthält einen Artikel: „Der Zweck des österreichischen Bundesreform“, in welchem sie gestützt auf Behauptungen österreichischer Zeitungen, ausführt, daß Österreich in Frankfurt Allianzen suche. „Die Frankfurter Ergebnisse sollen nur zur Rücksicht dazu dienen, ob Österreich das „verlockende Bündnis mit Frankreich“ anzunehmen haben wird oder nicht.“

Die österreichische „General-Correspondenz“ läßt sich aus London schreiben: „Die Polenfrage in Europa, die Mexicofrage in Amerika, haben die nordamerikanische Union und England einander sehr genähert. Es war schon lange kein Geheimnis, daß in Petersburg die lebhaftesten Verhandlungen zwischen dem Fürsten Gortschakoff und dem nordamerikanischen Gesandten Clay über ein eventuelles Vertheidigungsbündnis im Gange sich befanden. Der Zug der Franzosen nach Mexico, welchen die nordamerikanische Union, wäre sie nicht in den furchtbaren Bürgerkrieg verwickelt, mit bewaffneter Hand gehindert haben würde, und die Befürchtung einer Allianz Frankreichs mit dem rebellischen Süden, sind das Motiv, welches zu Washington für England entschied, während letzteres in einem Kriege mit Frankreich und England maritimer Hilfe bedarf, welche Nordamerika gewähren kann. Die genaue Kenntnis, daß jene Verhandlungen zu Petersburg gepflogen wurden, ja daß sie auf dem Punkte des Abschlusses einer Allianz standen, hat das britische Cabinet vermocht, Polen so gut wie fallen zu lassen, denn ein Krieg zugleich mit Russland und Nordamerika kann England unangemessen convenire, zumal es nicht einmal einer großen Nachgiebigkeit in Washington bedarf, um den Süden wieder der Union zuzuführen.“

## Drei Depeschen des Herrn v. Bismarck.

Aus der Antwort des Königs von Preußen auf die Einladung der Fürsten haben wir bereits in der Morgennummer das Wesentlichste mitgetheilt. Außerdem liegen drei Depeschen des Herrn v. Bismarck in der Bundesreforfrage vor. Die erste, datirt vom 13. August, ist an den preußischen Gesandten in Wien gerichtet und lautet:

Gastein, 13. August. Ew. R. überende ich anliegend Abschrift eines Promemoria, welches Sr. Maj. dem Könige, unserm allernädigsten Herrn, von Sr. Maj. dem Kaiser von Österreich in Gastein am Tage der Einladung nach Frankfurt übergeben worden ist, um die Gründe für diese Einladung und die beabsichtigten Reformvorschläge selbst darzulegen. Dieses Actenstück erhält sowohl durch seinen Inhalt, wie durch die Art der Mittheilung eine so weitreichende Bedeutung, daß es nicht als Gegenstand der ersten Erwähnung werden mußte, sondern auch das Bedürfnis neuerer Aufklärung für uns dringend hervorruft. Was uns in demselben ganz besonders hat überraschen müssen, ist nämlich die Art, wie die Vorschläge zu einer organischen Reform der Bundesverfassung durch Anschauungen motivirt werden, welche die Grundlage des Bundesverbandes selbst in Frage stellen.

„Wir könnten nicht daran gesetzt sein, die Bundesverträge, deren gewissenhafter Durchführung wir seit fast einem hundert Jahren durch materielle Leistungen und durch den Verzicht auf eine freiere Bewegung unserer eigenen Politik, so erhebliche Opfer zu bringen fortzufahren, von der Kaiserl. Regierung als eine wertlose und hinfällige Institution bezeichnet zu sehen. Das Promemoria enthält in dieser Beziehung Deductionen, welche zu der Auffassung führen, als sehr Österreich das bisherige Bundesverhältnis, dessen Zustand als ein „schlechthin chaotischer“ bezeichnet wird, schon als gelöst an.“

„Man denkt in der That“ — so heißt es — „nicht zu nachtheilig von diesem Zustande, wenn man sich eingestellt, daß die deutschen Regierungen schon jetzt nicht mehr in einem reinen gemeinsamen Vertragsverhältnisse zusammenstehen, sondern nur noch bis auf Weiteres im Vorgerüfe nayer Katastrophen nebeneinander fortleben.“ Es wird angenommen, daß sich ein fortschreitender Prozeß der Abwendung von dem bestehenden Bunde vollzogen habe; es ist von Seiten einer wandelnd gewordenen Rechtsordnung die Rede, welche der bloße Wunsch, daß die moschen Wände den nächsten Sturm noch aushalten mögen, die nötige Festigkeit nimmermehr zurückgeben könnte; und es wird erklärt, „der Boden der Bundesverträge schwäche unter den Füßen dessen, der sich auf ihn stellt.“

„Wie sind sie die Mängel der Bundes-Verfassung nimmermehr gewesen; aber wir haben bisher in unseren Reformbestrebungen diejenige Freiheit der Bewegung nicht für zulässig erachtet, welche aus der Vorauseitung der Hinfälligkeit der Bundesverträge erwachsen würde, und wir haben es den Interessen Deutschlands und unserer Bundesgenossen nicht für dienlich gehalten, die Bezeichnung der bestehenden Rechtsordnung zu fördern, bevor deren Ertrag durch neue und vollkommenere Schöpfungen sicher gestellt ist. Die Kaiserl. Regierung nimmt an, daß es „fast wie Ironie lingen müste, wenn man diesen an sich wahren Satz auf die deutschen Bundesverhältnisse anwenden wollte“; und sie ist dergegenseitig vor der Bejahtheit und Haltlosigkeit der letzteren durchdrungen, daß ihr das Räthsel an dem noch vorhandenen Bestande, selbst in dem „freiwillig gewählten Augenblick der Krise und Gefahr“ unbedenklich erscheint.“

„Es hat der kaiserlichen Regierung nicht entgegen können, daß diese Erklärungen, indem sie als wohlverdient Aufsicht des Bundespräsidialhofes den Genossen des deutschen Bundes amtlich eröffnet werden, an sich in Deutschland wie im Auslande die Ueberzeugung mächtig fördern müssen, daß „woher Österreich noch Preußen noch die übrigen deutschen Staaten sich mit irgend einem Grade von Vertrauen auf den Bund in seinem jetzigen Zustande führen können.“

„Auf diesem Vertrauen aber beruht wesentlich das Ansehen des Bundes und die Möglichkeit, daß derselbe seinen ursprünglichen Zweck, Deutschland äußere und innere Sicherheit zu gewährern, erreiche.“

„Wir wissen nicht, welchen Ertrag für die „festen gegenseitigen Vertragsverhältnisse“, in denen ihrer Ansicht nach die deutschen Regierungen schon jetzt nicht mehr zusammenstehen, die kaiserliche Regierung anstrebt. Dieselbe hat keine Verhandlungen mit uns darüber gepflogen, und das vorliegende Promemoria gibt in dieser Beziehung nur unvollkommene Andeutungen. Gelingt es aber nicht, anderweitige Einrichtungen herzustellen, welche den Gegenstand der Particular- und der Gesamt-Interessen Deutschlands angemessener als bisher vermittelten, so wird die Erfüllung der Vertrame auf die Bundesverträge das einzige Ergebnis der Eröffnungen bleiben, welche die kaiserliche Regierung ihren Bundesgenossen gemacht hat. Jedenfalls entnehmen wir für jetzt aus derselben das Recht und die Pflicht, Klarheit darüber zu verlangen, ob Österreich und die Staaten, welche auf die motivierte Einladung des Kaiserlichen Hofes an dem Congriffe in Frankfurt Theil nehmen, die vertragsmäßigen Bundespflichtenlichkeiten anerkennen oder nicht. Es ist einleuchtend, daß die Entscheidung hierüber von dem wesentlichsten Einfluß auf die maßgebenden Grundlagen unserer Gesamtpolitik sein muß. Auf die maßgebenden Grundlagen unserer Gesamtpolitik gemacht hat Ew. R. erstmals daher ergeben, in diesem Sinne mit dem kaiserlichen österreichischen Herrn Minister der auswärtigen Angelegen-

heiten zu sprechen und von ihm eine offene und entschiedene Erklärung der kaiserlichen Regierung zu erbitten. (gez.) v. Bismarck."

In der zweiten, vom 14. Aug. (also einen Tag später), welche ebenfalls an den preußischen Gesandten in Wien gerichtet ist, heißt es:

"Nachdem der Kaiser Franz Joseph am 2. d. M. hier eingetroffen war, nahm Se. Maj. bei einem am 3. stattfindenden Besuch bei unserem allernäächtesten Herrn Gelegenheit zur Besprechung der deutschen Bundesverhältnisse unter Vorlage des Ew. Excellenz mit dem Erlass vom 13. überstandene Promemoria. Zu demselben gab Se. Maj. der Kaiser die mündlichen Erläuterungen, daß zunächst ein Fürstencongress sich am 16. d. M. in Frankfurt a. M. versammeln, daß an der Spitze des Bundes ein Directorate von fünf Fürsten stehen, daß der Bundestag fortfahren solle, die laufenden Geschäfte zu verhandeln, daß aber aus sämtlichen Souveränen des Bundes ein zeitweise zusammentrendes Oberhaus, und aus Delegirten der Landtage der einzelnen Staaten ein mit berathenden Attributien versehenes Unterhaus gebildet werden solle.

"Bei dieser und zwei an demselben Tage nachfolgenden Unterredungen sprach Se. Maj. der König die entgegenstehenden Bedenken in dem Sinne des anliegenden Promemoria ans, und erklärte schließlich bei dem Abschiede beider Monarchen, daß ein Fürstencongress mit Nutzen für die ganze Angelegenheit der nothwendigen geschäftlichen Vorbereitungen wegen keinesfalls vor dem 1. October eingeleitet werden könne.

"Nach dem Inhalt dieser Unterredungen war es für Se. Maj. den König überraschend, kurz nach der Abchiednahme von Se. Maj. dem Kaiser am 3. August Abends durch einen kaiserlichen Flügeladjutanten die officielle, vom 31. Juli datirte kaiserliche Einladung zum 16. c. nach Frankfurt zu erhalten. Das Einladungsschreiben ist Ew. Ex. bekannt; ebenso die darauf am 4. d. M. von unserm allernäächtesten Herrn an Se. Maj. den Kaiser erlassene amtliche Antwort. Um dem kaiserlichen Cabinet Gelegenheit zu geben, seine Entschließungen mit Kenntniß der diesseitigen zu treffen, richtete Se. Maj. noch am 4. ein Telegramm an Se. Maj. den Kaiser, in welchem die Ablehnung der Einladung zum 16. bestimmt ausgeprochen wurde. Den ungeachtet sind die österreichischen Einladungen an denselben Tage und ohne die diesseitige Antwort auf das kaiserliche Schreiben abzuwarten, unter dem Datum des 31. Juli erlassen worden.

"Am 7. d. M. wurde durch einen kaiserlichen Flügeladjutanten Sr. Maj. dem Könige eine erneute Einladung unter Beifügung des abschließlich anliegenden Promemoria überbracht. Diese enthält mit Rücksicht darauf, daß Sr. Maj. des Königs Badeur, wenn sie regelmäßig beendet werden sollte, Allerhöchstenselben nicht gestatte, am 16. in Frankfurt anwesend zu sein, den eventuellen Vorschlag, einen der königlichen Prinzen in Vollmacht zu dem Congress zu entsenden. Se. Maj. der König lehnte wiederholt in einem eigenhändigen Schreiben vom 7. c. sowohl das eigene Erscheinen, als die Entsendung eines königlichen Prinzen ab. Hierauf beschränkt sich der in der Sache bisher stattgehabte Schriftwechsel." "Mir scheint es, daß Vorschläge, welche tief in die gemeinsamen Interessen sämtlicher Bundesstaaten einzugreifen bestimmt sind, wenn sie Erfolg haben sollen, nicht von einer der Bundesregierungen einseitig vorbereitet und in einer für die andern überraschenden Weise bis zu dem Stadium schleuniger Beschlussnahme durch die Souveräne selbst gefordert werden können. Ich halte es der Würde des Königs, meines Allernäächtesten Herrn, nicht entsprechend, sich nach Frankfurt zur Entgegnahme von Vorschlägen in Bundesangelegenheiten zu begeben, über welche der Rath Preußens nicht vorher gehört ist und deren volle Tragweite Sr. Maj. erst in Frankfurt erkundet werden soll. Um solche Fragen zur persönlichen Entscheidung der Monarchen reiz zu machen, war es unerlässlich, sie vorher in diplomatischen Verhandlungen oder Ministerial-Conferenzen zu erörtern. Ich weiß nicht, auf welche Erfahrungen die kaiserl. Regierung den in dem zweiten Promemoria enthaltenen Ausspruch führt, daß der Weg bloßer ministerieller Conferenzen sich noch jedesmal als unpractic erprobte habe, und daß das schon so oft gescheiterte Experiment weit-aussehender Beratungen begreiflicher Weise nicht wiederholt werde. Unseres Wissens ist die Bundesreformfrage seit den Dresdener Conferenzen einer derartigen Beratung nicht unterzogen worden. Eine Allerhöchste Meinungsverklärung über die beabsichtigten Reformvorschläge zu erbitten, liegt für mich keine Veranlassung vor, so lange uns über den Inhalt und die Tragweite derselben nur allgemeine und unvollkommene Andeutungen zugekommen sind.

"Ew. Ex. werden zu Ihrer eigenen Kenntniß aus dem anliegenden Memoire, in welches der König Allerhöchstes eigenen Aeußerungen gegen den Kaiser verzeichnete, und welches am 4. nach Wien gelangt wurde, das Nötige entnehmen.

"Die k. Regierung hat überreits den Moment zur Ergreifung der Initiative von Reformvorschlägen nicht geeignet gehalten; wenn sie aber veranlaßt wird, sich auf diesem Gebiete auszusprechen, so kann ich, unter Bezugnahme auf die Ew. Ex. bekannten, in unserer Abstimmung in der Delegirtenfrage in der Sitzung vom 22. Januar d. J. niedergelegten Motive lediglich die Meinung wiederholen, daß ich nur in einer nach dem Verhältniß der Volkszahl der einzelnen Staaten aus directen Wahlen hervorgehenden Vertretung des deutschen Volkes, mit Befugniß zu beschließender Mitwirkung in Bundesangelegenheiten, die Grundlage von solchen Bundesinstitutionen erkenne, zu deren Gunsten die preußische Regierung ihrer Selbstständigkeit in irgend welchem erheblichen Umfange entsagen könnte, ohne die Interessen der eigenen Unterthänigen und die politische Stellung des preußischen Staates wesentlich zu benachtheiligen. Ew. Ex. sind ermächtigt, dem Grafen Rechberg diese Depeche vorzulegen. (gez.) v. Bismarck."

"Die dritte, vom 21. August aus Baden-Baden datirte, ist an den preußischen Bundestagsgesandten, Herrn v. Sydow, in Frankfurt a. M. gerichtet. Nachdem Herr v. Bismarck auseinandergesetzt, daß es sich mit der Würde des Königs nicht vertrage, Beratungen über Reformprojekte beizuwöhnen, deren Inhalt noch nicht mitgetheilt worden, heißt es am Schlus: "Eure Excellenz werden seiner Zeit aus dem Königlichen Ministerium von Berlin aus, die eingehendere Entwicklung der Ansicht der Königlichen Regierung über die diesseitigen und über die vorliegenden österreichischen Reformvorschlägen erhalten. Für jetzt erkläre ich nur, daß die letzteren unserer Ansicht nach weder der berechtigten Stellung der preußischen Monarchie, noch den berechtigten Interessen des deutschen Volkes entsprechen. Preußen würde der Stellung, die seine Macht und seine Geschichte ihm in dem europäischen Staatenvereine geschaffen haben, entfagen und Gefahr laufen, die Kräfte des Landes Zwecken dienstbar zu machen, welche den Interessen des Landes fremd sind, und für deren Bestimmung uns dasjenige Maß von Einfluß und Kontrolle fehlen würde, auf welches wir einen gerechten Anspruch haben."

#### Deutschland.

Berlin, 23. August. Se. Königl. Hoheit der Kronprinz lehrt bereits morgen Abend vom Schloß Rosenau nach Berlin zurück.

— Die Besserung im Befinden Se. K. H. des Prinzen Albrecht (Sohn) dauert fort.

— Auf telegraphischem Wege ist hier die Nachricht von dem am Nervenschlage zu Baden-Baden erfolgten plötzlichen Ableben des Bankiers Ulrich Bölt, Chef des hiesigen Hauses Bölt & Co., eingetroffen.

— Die neueste Nummer der in Leipzig erscheinenden "Grenzboten" ist Sonnabend hier confiscat worden.

— Der frankfurter Berichterstatter der "Times" tabelt das Verhalten Preußens in Betreff des Fürstentages und schreibt: "Während der letzten paar Stunden habe ich mit einigen der Führer der demokratischen Partei in Deutschland mich unterhalten und finde, daß sie den österreichischen Vorschlägen große Aufmerksamkeit widmen. An einigen Theilen

des Reform-Entwurfs machen sie allerdings Ausstellungen, aber zugleich bekennen sie ganz offen, daß derselbe freistinniger sei, als sie von ihm erwartet hätten. Der Kaiser von Österreich ist, während seines Aufenthaltes hier, Morgens, Mittags und Nachts beschäftigt gewesen. Er hat nicht nur wiederholenlich Privat-Unterredungen mit allen Souveränen gehabt, sondern auch deren resp. Minister häufig gesehen und gesprochen. Einige der Letzteren sollen von Sr. Majestät "belehrt" worden sein, und einer von ihnen versicherte heute Morgen Jemandem meiner Bekanntschaft, daß kein Politiker von Fach die deutsche Frage besser "weg" habe, als Franz Joseph von Österreich."

— Trotz des Verbots des Polizeiamts wurde gestern folgendes Plakat an den Straßenecken angebrückt: "Was können wir nicht brauchen? Eine Delegirten-Versammlung. Was verlangen wir? Ein deutsches Parlament. (J. Knorr von Münchhausen, K. Crämer von Doos, G. Strauß von Frankfurt.)"

Darmstadt, 19. August. Das Programm des Juristentags leidet dadurch eine Abänderung, daß der Großherzog die Mitglieder desselben auf den 27. zur Festvorstellung im Hoftheater einladen ließ; demgemäß werden am genannten Tage die Mitglieder des Juristentages, circa 2700 an der Zahl, wenn nicht alle, doch zum großen Theile mit einem Extrazug sich hier einfinden und Abends nach beendigtem Theater und eingenommener Erfrischung nach Mainz wieder zurückkehren.

#### England.

\* London, 22. Aug. Die "Morning Post", bisher in Angelegenheiten der deutschen Bundesreform sehr reservirt, bringt jetzt Österreich ihre herzlichen Glückwünsche dar. Österreich habe die ihm gebotene Gelegenheit in Deutschland vortrefflich benutzt und man könne nur wünschen, daß es Erfolg habe. Sie findet darum insbesondere das Bestreben Österreichs anerkennenswert, weil es den liberalen Anschauungen des Volkes wenigstens einigermaßen Rechnung trage.

#### Frankreich.

Paris, 22. August. Bis jetzt will man hier immer noch nicht die Nachricht haben, daß die drei Noten in Petersburg überreicht wurden. Andererseits heißt es jedoch, daß an kein Nachgeben Seitens Russlands zu denken sei. Gestern kamen Depeschen aus Petersburg an; dieselben wurden sofort nach dem Lager von Chalons gesandt. Der Kaiser bleibt dort bis nächsten Mittwoch. — Gestern und vorgestern hatte Herr Slidell, der Abgesandte des Südstaates des Nordens von Amerika, wieder Unterredungen mit Herrn Drouyn de Lhuys. Es scheint, daß über die mexikanische Frage verhandelt wurde.

Gestern von 11 Uhr Vormittags hat der Kaiser in Begleitung der Fürsten von Hohenzollern, des Marschalls O'Donnell, Randon und Mac Mahon, des Generals Hamilton ic. dem großen Manöver der Lagertruppen beigewohnt. Um 1 Uhr erschien auch der kaiserliche Prinz zu Pferde und blieb bis zu Ende seinem Vater zur Seite. Am Abend war großes Diner im Kaiser-Zelte.

— Das Memorial Diplomatique will wissen, die Gesandten der drei Mächte in Petersburg hätten am 17. d. M. dem russischen Vicelinzer angezeigt, daß sie eine Mithilfe von Seiten ihrer Regierung zu machen hätten und deshalb eine Audienz erbäten. Bis zum Donnerstag (den 20.) hätte keiner von ihnen eine Antwort erhalten. Dieses Schweigen des Vicelinzer habe indeß nichts Überraschendes, da der Kaiser von Petersburg abwesend sei und Fürst Goritschoff die Befehle seines Herren werde einholen wollen, um so gleich schon in seinen mündlichen Äußerungen der treue Dolmetsch des kaiserlichen Gedankens zu sein.

— Eine ganze, lange Moniteurseite, sechs enggedruckte Spalten füllt heute der Bericht des Staatsrates Stün über den Recurs des Unterrichtsministers gegen die Erzbischöfe von Cambrai, Rennes und Tours, und gegen die Bischöfe von Chartres, Mez, Nantes und Orleans, wegen "Missbrauchs", dargestellt durch die von ihnen veröffentlichte Schrift: "Antwort mehrerer Bischöfe auf die ihnen für die bevorstehenden Wahlen ertheilten Rathschläge", und durch den offenen Brief des Erzbischofs von Tours an den Unterrichtsminister vom 4. Juni d. J. Da wird nachgewiesen, daß sich diese Kirchenfürsten sämlich einen argen Missbrauch ihrer geistlichen Gewalt haben zu Schulden kommen lassen, indem sie in der Form eines Hirtenbriefes politische Doctrinen predigten, und indem der Erzbischof von Tours insbesondere sich eine Kritik gewisser, auf die auswärtige Politik bezüglicher Regierungssätze erlaubte. Und was erfolgt? Ein kaiserlicher Erlass an der Spitze des amtlichen Blattes erklärt, daß der "Missbrauch" festgestellt sei, und die bezüglichen Schriftstücke nach wie vor unterdrückt bleiben. Unter den Erwähnungsgründen begegnet man immerhin einigen, welche in Rom unangenehm genug berühren werden; so wird z. B. daran erinnert, daß der Wirkungskreis der Bischöfe streng auf ihre Diözece eingeschränkt sei; daß es ihnen verboten ist, ohne ausdrückliche Erlaubniß der Regierung unter einander Berathungen zu pflegen und gemeinschaftliche Beschlüsse zu fassen, und daß ein in der Declaration von 1682 begründeter Fundamentalzett des öffentlichen Rechtes in Frankreich sei, daß das Haupt der Kirche und die Kirche selbst ihre Macht lediglich für geistliche, nicht aber auch für weltliche bürgerliche Angelegenheiten erhalten haben.

— Dass das Petersburger Cabinet keineswegs in demütiger Stimmung ist, beweist ein Umstand, der Stoff zum Nachdenken geben kan. Die Broschüre "L'Empereur, la Pologne et l'Europe" ist so zu sagen ins Wasser gefallen, weil sich bald herausstellt, daß sie nicht "unter amtlichen Aufsichten" entstanden. Jetzt hat man russischerseits jene Broschüre wieder aufgefischt und an dem Tage, wo die drei Noten in Petersburg eintrafen, an alle großen europäischen Blätter eine "Antwort" auf die französische Broschüre "Der Kaiser, Polen und Europa" verfaßt. Diese "Antwort" ist, wie die "National-Zeitung" aus Petersburg erfährt aus mehr als officiöser Quelle. Die französische Regierung erhält manche Bille, namentlich wird aber die "Uneigenmäßigkeit" des Oheim, Napoleons I., um Polens Unabhängigkeit mit scharfer Länge gebeizt. Die beiden Schlüscapitel sind der Kern der russischen "Antwort"; in ihnen wird zuerst nachgewiesen, wie leicht Kaufes der Oheim 1809 Polen an Rusland Preis gegeben, sodann aber die sieberhafte Thätigkeit des Neffen ironisiert, der überall wähle und immer mit seiner Uneigenmäßigkeit zu Märkte komme, "etwas" gehabt habe für die Türkei in der Krim, "etwas" für Griechenland, indem er es damals besetzte, "etwas" für Italien, "etwas" für den heiligen Stuhl, den er seit fünfzehn Jahren unter seinen besonderen Schutz genommen, "viel" in China, Cochinchina, Madagaskar und vor Allem in Mexico, und wenn er noch "nichts" in Nordamerika gehabt, so sei es seine Schuld nicht. Zum Schlusse wird die russische "Antwort" ernst, ja, drohend gegen Frankreichs Einmischungs-Politik.

#### Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angelommen 3 Uhr Nachm.

Frankfurt a. M., 23. August. Mittags. Dem Vernehmen nach ist die Frage wegen des Präsidiums noch nicht endgültig geordnet, obwohl die directoriale Frage gelöst ist. Heute findet abermals eine Konferenz der Fürsten statt.

Danzig, 23. August.

\* Als Ursach des am vergangenen Sonntag um mehrere Stunden verspäteten Eintreffens des Berliner Courierzuges gibt die "Bromb. Sig." an, daß vor Frankfurt a. M. der Postwagen entgleiste, so daß die betr. Beamten bis Kreuz die Fahrt in einem Gepäckwagen fortsetzen mußten. Ein Unglück ist nicht geschehen.

\*\* In der nächsten Woche wird von hier aus per Eisenbahn eine colossale Schießscheibe nach Berlin abgesandt. Dieselbe ist auf der K. Werft gefertigt, enthält über 1000 Kubikfuß Eichenholz und 400 Kubikfuß stärkste Balken, die Wand eines Linien Schiffes darstellend, und wird auf dem Schießplatz zu Tegel noch mit einer 4½ Zoll starken geschäleren Platte versehen werden, um alsdann zur Erprobung neu konstruirter Geschütze und Geschosse für die Königl. Artillerie-Prüfungs-Commission zu dienen.

\* Nach einer Circularverfügung der betreffenden Ministerien vom 15. d. haben fortgesetzte Beobachtungen und Versuche ergeben, daß gereinigtes Petroleum nicht entzündlicher und nicht feuergefährlicher ist als Terpentinöl oder Alkohol. Es werden daher die außerordentlichen Vorsichtsmaßregeln, welche bisher zu beobachten waren, auf das rohe Petroleum beschränkt, und wird das gereinigte Petroleum nur denjenigen Sicherheitsmaßregeln unterworfen, welchen Terpentin und Alkohol unterliegen. Das rohe Petroleum ist unbeschädigt, von grünlicher oder bräunlicher Farbe und hat in Folge der Beimischung von consistenten bituminösen Bestandteilen meist die Beschaffenheit eines dünnflüssigen Theers. Das gereinigte Petroleum ist meistens vollkommen durchsichtig und sehr dünnflüssig und zeigt als besonders charakteristisches Merkmal eine schwach bläuliche Opalirung (Schillerung), welche bei der Betrachtung gegen einen weißen Hintergrund besonders deutlich hervortritt.

\* Morgen werden die hiesigen Turnvereine im Selonischen Local eine Körnerfeier begehen. — Die Einnahmen beim letzten Provinzialturnfest haben ca. 1180 Thlr. betragen. Nach Abzug der Ausgaben verbleibt noch ein Überschuss von ca. 60 Thlr., welche zu den Fonds zum Bau einer Turnhalle gehen.

\* Der "Neue Elb. Anzeiger" hat von dem Präsidenten der Danziger Regierung nachfolgende zweite Verwarnung erhalten: "Der in Nr. 2054 des "Neuen Elbinger Anzeigers" enthaltene Correspondenz-Artikel aus Königsberg gefährdet den öffentlichen Frieden, indem derselbe ganz offenbar eine Aufrichtung der Angehörigen des Staates gegeneinander in sich schließt. Ich bin daher genötigt, Euer Wohlgeboren sowohl wegen dieses Artikels, wie überhaupt wegen der, den Vorschriften der Allerhöchsten Verordnung vom 1. Juni d. J. nicht entsprechenden Gesamthaltung des hier in Rede stehenden Blattes auf Grund der §§ 1, 3 und 8 dieser Verordnung hiermit eine Verwarnung zu ertheilen. Danzig, den 18. August 1863. Der Präsident v. Prillwitz.

± Thorn, 24. August. Die Handelskammer hat kürzlich in einer gutachtlchen Neuflistung die telegraphische Verbindung zwischen hier und Strasburg auf das Wärmeleitpfeil vorworfet, deren Herstellung vom Königl. Landratsamt zu Strasburg bei der Königl. Regierung zu Marienwerder beantragt worden ist. Aus Handelsrätschichten hat man hier sowohl, wie in genannter Nachbarschaft die besagte Verbindung seit langer Zeit gewünscht. Abgesehen von den directen Handelsverbindungen zwischen hier und Strasburg, sowie auch zwischen hier und Gollub, führen über diese Oete Straßen für den polnischen Import nach unferem Plage. Mit Rücksicht auf diese kommerziellen Interessen hat die Handelskammer in ihrem Gutachten auch das Gesuch ausgesprochen, daß bei Herstellung der Telegraphen-Linie Thorn-Strasburg auch Gollub berücksichtigt werden möchte, womit auch ein dringender Wunsch der Grundbesitzer in der Umgegend jenes Städchens erfüllt werden würde. — Gestern hielt Herr Prediger Dr. Rupp aus Königsberg seinen ersten Vortrag vor der frei religiösen Gemeinde, dem eine überaus zahlreiche Versammlung, in welcher alle hiesigen Glaubensbekenntnisse vertreten waren, beiwohnte, so daß sie das Vocal nicht fassen konnte. In seiner Rede, welcher er zum Grunde die Frage: Was wollen die frei religiösen Gemeinden? gelegt hatte, entwickelte er die Tendenzen und die Zielpunkte dieser religiösen Gemeinschaft, welchen letzteren er mit den Worten kennzeichnete: "Wir (die gedachten Gemeinden) wollen die Religion zu der Bedeutung für das Leben und zu der Macht über die Gemüther erheben, die ihr gebührt." Am Dienstag, Mittwoch und Freitag wird Herr Dr. Rupp, an das jetzt Epoche machende Werk Renans anknüpfend, drei Vorträge über das Leben Jesu halten und am nächsten Sonntag (den 30.) abermals den Gottesdienst gedachter Gemeinde leiten. Inzwischen besucht der Genannte am nächsten Donnerstag das Nachbarstädtchen Gniewkowo, wohin ihn eine Deputation gestern eingeladen hat.

#### Die landwirtschaftliche Ausstellung in Königsberg.

\* Königsberg, 25. August. Die XXIV. Wanderversammlung deutscher Land- und Forstwirthe hat gestern ihre Sitzungen begonnen (s. unten). Die damit verbundene landwirtschaftliche Provinzialausstellung gibt ein glänzendes Beugnis von den Fortschritten der Cultur und der Intelligenz, die unsere Provinz seit einigen Jahrzehnten gemacht und ist ganz dazu geeignet, bei den fremden Gästen aus den entfernten Gauen des Vaterlandes jedes Vorurtheil schweden zu lassen, das ohne Berechtigung bei Manchem von ihnen über den Cultur-Standpunkt der nordöstlichen Ecke Preußens noch mag geherrscht haben. Die Tage vom 24. bis zum 28. August werden unserer Provinz zu dem Ansehen in Deutschland verhelfen, das ihr in landwirtschaftlicher Beziehung gehabt.

Alle Arrangements zur Herstellung der Ausstellung und des Festes zeugen von dem großen Eifer nicht allein der Fich und Verfugten, sondern auch der gesamten Bevölkerung.

Wir können vorläufig aus der überreichen Fülle des Geboten nur eine allgemeine Skizze geben. Bis Sonnabend Abend waren bereits über 1900 Festgenossen eingetroffen. Nach deren Bewilligung, Austheilung der Quartierbillets, der Mitgliedsdecorations und der Überreichung einer literarischen Festgabe, betitelt: "Die Provinz Preußen, Geschichte ihrer Cultur, und Beschreibung ihrer land- und forstwirtschaftlichen Verhältnisse", ein gediegenes Werk von einem Vereine gelehrter und sachverständiger Autoritäten redigirt

verstreuten sich die Angelkommenen in ihre Quartiere, um sich von den Reisestrapazen zu erholen. Sonntag Vormittag wurde zur Erledigung persönlicher Angelegenheiten verwendet, der Ausstellungsort war daher ziemlich verödet; um so größer war das Gedränge daselbst des Nachmittags. Ein noch größeres Gewühl herrschte in den Umgebungen des Platzes; alle möglichen und denkbaren Requisiten zu einem Jahrmarkt hatten hier ihre Stätte und der Zulauf war enorm. Des Abends hielten verschiedene geschlossene Gesellschaften ihre Locale für die Gäste geöffnet und hier sowohl wie in den Restaurants fanden langdauernde Sessonen statt, die sich in später Nachtstunde in Gruppenaufstellungen in den Straßen fortsetzen, bis endlich kurz vor Sonnenaufgang der gemütliche Trubel von selbst ein Ende nahm.

Der Catalog der internationalen Ausstellung landwirtschaftlicher Maschinen und Geräthe giebt 126 Aussteller mit 775 Ausstellungsgegenständen an; es sind jedoch noch nicht alle Gegenstände aufgenommen und ist ein Nachtrag demnächst zu erwarten. Der Festplatz, auf dem in den weitesten Dimensionen sich die Baulichkeiten erheben, ist mit Blumen, Girlanden, Fahnen und Flaggen reich geschmückt; neben preußischen Fahnen weht das schwarz-roth-goldene Banner. Die Ausstellungsgegenstände sind in rund um den Platz erbauten, bedeckten Räumlichkeiten platziert, nur die großen Gegenstände, Locomotiven, Dreschmaschinen u. dergl. stehen in der Mitte des Raums. Das größte Interesse erregen die mannigfachen Dampfmaschinen, besonders die Straßenlocomotive von Aveling und Porter-Rochester, die ohne Concurrenten geblieben ist, da ein zweites von Berlin aus angemeldetes Exemplar ausblieb. Ferner sehen wir 23 Locomotiven, und zwar von Hambruch u. Vollbaum, 2 zu 3 resp. 8 Pferdekraft, von Schichau in Elbing 1 rc.

Die erste Plenarsitzung der Versammlung deutscher Land- und Forstwirthe wurde gestern im Moskowiter-Saal von dem Vorsitzenden Herrn v. Sauten-Julienfelde mit einem Gruss an die Festgenossen eröffnet. Redner gedachte der Festgabe des Königs, der Bewilligung des Ministeriums, er gedachte unseres Kant, sowie daß gerade jetzt vor fünfzig Jahren der Landtag Beschlüsse von so tiefgehender Bedeutung faßte, dessen Seel Heinrich Theodor v. Schön den Impuls zur Erhebung des deutschen Volkes, zur Befreiung desselben von der Fremdherrschaft gab. Herr Landschaftsrath Richter schloß sich den begeisterten Worten des Herrn Vorredners an. Der Oberpräsident Eichmann hielt in einer sehr kurzen Rede die Versammlung im Auftrage der Königl. Regierung willkommen. Der Minister der landwirtschaftlichen Angelegenheiten v. Selchow läßt durch ihn sein lebhafstes Bedauern aussprechen, durch anderweitige Geschäfte behindert zu sein, den Versammlungen beiwohnen. Herr Bürgermeister Vigork begrüßt die Versammelten Namens der Stadt. Redner schließt mit dem Wunsche, daß durch diese Wanderversammlung das die deutschen Brüder verbindende Band enger geschnürt werde und daß jeder ein Liebeszeichen der Erinnerung nach seiner Heimat mitnehmen möge. Dr. v. Sanger-Grabow bringt dem Könige ein Hoch aus. Dr. Professor Stöckhardt nahm das Wort, um in begeisterter Weise des Preußen zu danken, dem Deutschland die Befreiung zu danken hat. Dr. Oberamtmann Böhm erstattete Bericht über die von der Wanderversammlung vorzunehmenden Excursionen. Darnach werden nach Trakkenen 1800 Personen befördert, vor allen Andern sollen dazu die Fremden, welche außerhalb Ost- und Westpreußens sowie Litauens wohnen, berücksichtigt werden. Dieselben hatten bis gestern Nachmittags 2 Uhr das Recht, die Billeds zur Fahrt in Empfang zu nehmen, von da ab kann jedes Mitglied sich eine Karte, soweit solchezureichen, entnehmen. Die Excursion nach Danzig, auf freundliche Einladung der Stadt, machen 300 Festteilnehmer mit. Nach den schiefen Ebenen werden 440 Personen befördert, natürlich mit Verlängigung der Fremden. Außer diesen fügen gehen am Sonnabend zwei nach Marienburg ab, der eine Morgens mit 240, der andere Mittags mit 160 Personen. Wie die "R. H. B." hört, waren bis gestern Vormittag 3000 Mitglieder bei der land- und forstwirtschaftlichen Versammlung aufgenommen worden.

### Hörsendepeschen der Danziger Zeitung.

**Die heute fällige Berliner Mittags-Depesche war am Schluß des Blattes noch nicht eingetroffen.**

Hamburg, 24. August. Getreidemarkt. Weizen loco flau, ab Auswärts nominell, unverändert. — Roggen loco 1—2 Thlr. niedriger, ab Ostsee ohne Umsatz, Königsberg Frühjahr zu 69 Thlr. angeboten, 68 Thlr. ganz einzeln geboten. — Del October 27%, Mai 27%, ruhig. — Kaffee. Markt fest; große Umsätze sind nicht zum Abschluß gelangt. — Bink ohne bekannte Umsätze.

### Berliner Fondsbörse vom 24. Aug.

#### Eisenbahn-Aktionen.

Dividende pro 1862.		Nordb., Friedr.-Wih.		Obersch. Litt. A. u. C.		Litt. B.		Oppeln-Tarnowitz		Rheinische		do. St. Prior.		Rhein-Ruhebahn		Nyr.-Cref.-K. Glubb.		Russ. Eisenbahnen		Stargard-Posen		Desterr. Südbahn		Thür.													
—	3½	93	G	—	3½	161½	—	162	bz	—	4	64½	½ bz	—	127½	et G	6	127½	et G	5	116	G	5	143½	G	—	143½	G									
Lübeck-Düsseldorf	—	4	34	bz	—	4	106½	bz	—	5	113½	bz	—	4	66	B	5	101½	bz	—	101½	bz	—	101½	bz	—	101½	bz	—	101½	bz						
Lübeck-Münsterb.	6	4	109	bz	6½	4	109	bz	6	4	101½	bz	—	4	107½	bz	4½	27½	G	—	111½	bz	—	110½	bz	—	110½	bz	—	110½	bz						
Münster-Düsseldorf	6½	4	109	bz	6½	4	109	bz	6	4	101½	bz	—	4	107½	bz	4½	27½	G	—	111½	bz	—	110½	bz	—	110½	bz	—	110½	bz						
Bergisch-Märk. A.	6½	4	109	bz	6½	4	109	bz	6	4	101½	bz	—	4	107½	bz	4½	27½	G	—	111½	bz	—	110½	bz	—	110½	bz	—	110½	bz						
Berlin-Anhalt	8½	4	153½	bz	8½	4	153½	bz	8½	4	123	B	—	4	194	bz	4½	136½	B	—	5	73	B	—	138½	B	—	138½	B	—	138½	B					
Berlin-Hamburg	6½	4	123	B	6½	4	123	B	6½	4	123	B	—	4	194	bz	4½	136½	B	—	5	73	B	—	138½	B	—	138½	B	—	138½	B					
Berlin-Potsd.-Algb.	14	4	194	bz	14	4	194	bz	14	4	194	bz	—	4	194	bz	4½	136½	B	—	5	73	B	—	138½	B	—	138½	B	—	138½	B					
Berlin-Stettin	7½	4	136½	B	7½	4	136½	B	7½	4	136½	B	—	4	136½	B	4½	136½	B	—	5	73	B	—	138½	B	—	138½	B	—	138½	B					
Berlin-Stettin	—	5	73	B	—	5	73	B	—	5	73	B	—	5	73	B	—	5	73	B	—	5	73	B	—	5	73	B	—	5	73	B					
Berlin-Westbahn	—	5	73	B	—	5	73	B	—	5	73	B	—	5	73	B	—	5	73	B	—	5	73	B	—	5	73	B	—	5	73	B					
Bresl.-Schw.-Freib.	8	4	138½	B	8	4	138½	B	8	4	138½	B	—	4	94½	G	—	5	105½	B	—	5	144½	G	—	5	144½	G	—	5	144½	G					
Brieg-Nieße	4½	4	94½	G	4½	4	94½	G	4½	4	144½	G	—	4	128½	bz	4½	128½	bz	—	5	144½	G	—	5	144½	G	—	5	144½	G	—	5	144½	G		
Cöln-Winter	12½	3½	182	G	12½	3½	182	G	12½	3½	182	G	—	4	67½	bz	4½	92½	G	—	5	98½	B	—	5	143½	G	—	5	143½	G	—	5	143½	G		
Cöln-Oberb. (Wih.)	½	4	67½	bz	½	4	67½	bz	½	4	67½	bz	—	4	92½	G	—	5	98½	B	—	5	98½	B	—	5	98½	B	—	5	98½	B	—	5	98½	B	
do. Stamm-Pr.	4½	4	92½	G	—	5	98½	B	—	5	98½	B	—	5	98½	B	—	5	98½	B	—	5	98½	B	—	5	98½	B	—	5	98½	B	—	5	98½	B	
do.	—	5	98½	B	—	5	98½	B	—	5	98½	B	—	5	98½	B	—	5	98½	B	—	5	98½	B	—	5	98½	B	—	5	98½	B	—	5	98½	B	
Endwigh.-Bergbach	9	4	143½	G	9	4	143½	G	9	4	294	G	—	4	127½	et G	5	116	G	—	4	96	G	—	4	101½	B	—	4	101½	B	—	4	101½	B		
Magdeburg-Halberstadt	25½	4	294	G	25½	4	294	G	25½	4	294	G	—	4	96	G	—	5	116	G	—	5	116	G	—	5	116	G	—	5	116	G	—	5	116	G	
Magdeburg-Leipzig	17	4	—	—	17	4	—	—	17	4	—	—	—	—	5½	4	101½	B	5½	4	101½	B	—	5½	4	101½	B	—	5½	4	101½	B	—	5½	4	101½	B
Magdeburg-Wittenb.	1½—2½	4	67½	G	7½	4	128½	bz	u B	—	5½	4	96	G	—	5½	4	101½	B	—	5½	4	96	G	—	5½	4	101½	B	—	5½	4	101½	B			
Meiningen-Ludwigshausen	7½	4	128½	bz	u B	—	5½	4	96	G	—	5½	4	96	G	—	5½	4	101½	B	—	5½	4	96	G	—	5½	4	101½	B	—	5½	4	101½	B		
Meiningen-Ludwigshausen	2½	4	69½	G	—	5½	4	96	G	—	5½	4	96	G	—	5½	4	96	G	—	5½	4	96	G	—	5½	4	96	G	—	5½	4	96	G			
Meiningen-Hammer	—	4	98	B	—																																

